

Saarbrücken, März 2024

Saarbrücker Erklärung

11 Punkte für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Saarländischen Wirtschaft

Die Wirtschaft in Deutschland und im Saarland steht vor großen strukturellen Herausforderungen. Grundlegende Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen zwei Jahren geändert. Der Krieg in der Ukraine und der politisch beschlossene Wandel in der Klimapolitik haben die Standortbedingungen massiv verändert. Nicht nur die Energiepreise sind stark in die Höhe geschossen, auch Wertschöpfungs- und Lieferketten sind gebrochen. Dazu kommen hausgemachte Probleme. Die schon vor Jahren beschlossene Energiewende kommt nicht voran. Während mit der Atomkraft eine zuverlässige Stromquelle vom Netz genommen wurde, hakt es beim Zubau Erneuerbarer Energien ebenso wie bei dem Bau dringend benötigter Gaskraftwerke. Gleichzeitig lähmen eine überbordende Bürokratie und eine nicht funktionierende Verwaltung den notwendigen Umbau und die Digitalisierung der Wirtschaft. Während die Unternehmen dringend investieren müssen, stecken Anträge in Genehmigungsverfahren fest und die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur ziehen sich schleppend dahin. Gleichzeitig herrscht ein massiver Arbeitskräftemangel, der bei Unternehmen zu Umsatz- und Produktionseinschränkungen führt.

Die Unternehmen verlieren auch aufgrund einer im internationalen Vergleich hohen Steuerlast zunehmend an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Ausländische Investitionen in Deutschland sinken, deutsche Unternehmen, darunter wichtige mittelständische Firmen, verlagern Teile der Produktion ins Ausland. Damit bröckelt das Fundament unserer wirtschaftlichen Basis und unseres Wohlstands.

Täglich neue Negativmeldungen verunsichern die Wirtschaft. Angesichts der kritischen Lage braucht die Wirtschaft dringend ein Signal, dass der Ernst der Lage in der Politik auch wirklich angekommen ist. Die Regierung muss jetzt zeigen, dass sie handlungswillig und in der Lage ist, die Negativspirale zu unterbrechen. Ziel muss es sein, die Wirtschaft dauerhaft zu stabilisieren.

Wesentliche Entscheidungen zu den Standortbedingungen werden in Brüssel und Berlin getroffen. Doch auch die Landespolitik kann wichtige Signale setzen. Die Saarländische Landesregierung sollte ihren Einfluss in Berlin geltend machen und im Land einen Kurs vorgeben, der nicht neue Regeln und Belastungen, sondern eine flexible und freie Wirtschaft in den Fokus nimmt.

Für uns als Dachorganisation der Saarländischen Wirtschaft kommt es nun vor allem auf folgende Punkte an:

1. Strategie zur Begleitung des Strukturwandels

Die Transformation und Digitalisierung im Land können nur funktionieren, wenn die Unternehmen im Saarland ein förderliches Wettbewerbsumfeld vorfinden.

Doch nach wie vor fehlt es im Land an einem hinreichenden Strategieprozess aus einem Guss, der darlegt, wie die Saarländische Landesregierung die Unternehmen der verschiedensten Branchen und Größenklassen im Strukturwandel begleiten wird. Hier sollte die Landesregierung deutlich Geschwindigkeit aufnehmen und ihre Ressourcen fokussieren.

Sämtliche Zusatzbelastungen sollten in diesem Zusammenhang generell überdacht werden. Dazu gehört nicht nur das Fairer-Lohn-Gesetz, sondern auch das Bildungsfreistellungsgesetz oder ein Saarländisches Klimaschutzgesetz.

Zur Unterstützung des gesetzlich vorgegebenen Strukturwandelpfades können auch finanzielle Anschubhilfen des Landes notwendig sein. Deshalb ist der saarländische Transformationsfonds im Prinzip zu befürworten. Weiterhin muss im Vordergrund stehen, dass weder Konsumausgaben mit dem Fonds finanziert werden noch Investitionen, die in den originären Landeshaushalt gehören. Es muss gesichert sein, dass Investitionen bei der bestehenden Schuldenbremse weiter möglich sind.

2. Energieversorgung sicherstellen

Die Unternehmen im Saarland sind dringend auf Versorgungssicherheit und konkurrenzfähige Energiepreise angewiesen. Dafür ist es wichtig, mit hoher Geschwindigkeit Anlagen für Erneuerbare Energien sowie das Stromnetz auszubauen und gleichzeitig einen ausreichend großen Park wasserstofffähiger Kraftwerke zu installieren. Die bisher beschlossene Kraftwerksstrategie der Bundesregierung mit einer Leistung von zehn Gigawatt reicht nicht aus. Um Energiesicherheit zu erreichen, sind Kraftwerke mit einer Kapazität von 20 bis 30 Gigawatt nötig. Unabhängig davon muss die Regierung schnell Ausschreibungen für erste Kraftwerke auf den Weg bringen. Bis ein international wettbewerbsfähiger Strompreis erreicht ist, brauchen Wirtschaft und Verbraucher einen Brückenstrompreis, um sich mit bezahlbarem Strom zu versorgen.

Um eine Wasserstoffwirtschaft aufzubauen, ist zudem der Bau einer Netzinfrastruktur ebenso nötig wie der Aufbau belastbarer Lieferantenbeziehungen. Für beides braucht es Marktmodelle, denn die nötigen Milliardeninvestitionen werden nur erfolgen, wenn sie sich über die Jahre rechnen.

3. Entbürokratisieren

Das vierte Bürokratieentlastungsgesetz kann nur ein erster Aufschlag sein. Von den hunderten identifizierten Bürokratielasten nimmt die Regierung nur rund 50 in den Fokus. Das reicht nicht aus, um eine spürbare Entlastung zu erreichen. Die Wirtschaft hat viele Vorschläge eingereicht, die nicht berücksichtigt wurden.

Vielfach-Meldungen im Rahmen der Berichtspflichten können durch eine Registermodernisierung und eine konsequente Digitalisierung vermieden werden. Neuer Bürokratie muss die Politik systematisch entgegenwirken. Dafür sind einerseits ehrliche Aufwand-Nutzen-Checks bei jedem neuen Gesetz ebenso nötig wie eine konsequente Anwendung einer „One-in-two-out“-Regel, die den Zuwachs an Gesetzen begrenzt. Neue Gesetze sollten darüber hinaus regelmäßig evaluiert werden oder mit einem Ablaufdatum versehen werden.

Verwaltungshandeln muss effizient sein. Eine aufgeblasene Verwaltung ist teuer und arbeitsintensiv. Sie entzieht der Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte.

Vor allem bestehende Berichts- und Nachweispflichten müssen geprüft, konsequent hinterfragt und abgebaut werden. Besonders das Lieferkettengesetz ist mit hohen Belastungen auch für kleine und mittelständische Unternehmen verbunden, die zu Großunternehmen als Zulieferer in Beziehung stehen. Was im Großen beim Lieferkettengesetz gilt, gilt im Kleinen beim Fairer-Lohn-Gesetz. Hier entsteht durch den Versuch, umfangreiche Tarifverträge in Verordnungen zu pressen, hohe Rechtsunsicherheit. Die Tariftreuepflicht erfüllt nicht die an sie gestellten Erwartungen und gehört abgeschafft.

Förderprogramme sind häufig viel zu umständlich und bürokratisch. Sie sollten praxishnah und einfach gestaltet werden, um die gewünschte Wirkung zu entfalten.

4. Infrastruktur ausbauen

Straßen und die Schiene bilden das Rückgrat des Personen- und Güterverkehrs. Weite Teile der Infrastruktur weisen erhebliche Defizite auf, das gilt auch für das Saarland. Vor allem bei den Brücken in Deutschland und im Schienennetz ist ein großer Investitionsrückstand aufgelaufen. Diese Projekte sollten vordringlich aufgenommen werden. Bei den Haushaltsplanungen müssen die Investitionen in Infrastruktur deshalb hohe Priorität bekommen. An die Stelle von Ausbau und Sanierung nach Kassenlage sollte ein klarer Sanierungsplan treten. Dazu kommt der Ausbau des Stromnetzes und der Ladeinfrastruktur, der Auf- und Ausbau eines Wasserstoffnetzes sowie der digitalen Infrastruktur.

5. Industrieflächen schaffen

Um Unternehmen anzusiedeln, brauchen wir entsprechende Flächen. Die aktuelle Diskussion um die Ansiedlung des Batterieherstellers SVolt zeigt, wie wichtig es ist, geeignete Flächen frühzeitig zu definieren und vorzubereiten, um für eine mögliche Ansiedlung gerüstet zu sein. Die Landespolitik ist deshalb aufgefordert, einen Masterplan III Industrieflächen auf den Weg zu bringen. Die Flächenbedarfsplanung muss schnellstmöglich eng und dynamisch an die erhoffte Nachfrageentwicklung gekoppelt werden. Zudem sollte das Brownfield-Kataster schnell realisiert werden, um einen Überblick über die verfügbaren Flächen im Land zu erhalten.

6. Planung und Genehmigung beschleunigen

Für das Gelingen der Transformation sind umfangreiche Investitionen nötig. Dabei sind zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren ein großer Bremsklotz. Verwaltungshandeln muss schneller, verlässlicher und transparenter werden. Hier braucht es dringend Vereinfachungen, Standardisierung und eine konsequente Digitalisierung der Verfahren. Was bei anderen Projekten oder in anderen Bundesländern bereits als genehmigungsfähig befürwortet wurde, sollte nicht noch einmal ein umfangreiches Verfahren durchlaufen müssen. Die im Pakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung beschlossenen Gesetzesänderungen müssen konsequent umgesetzt werden. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, den Wildwuchs im Regelungsbestand zu beenden und Planungs- und Genehmigungsverfahren auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Dafür wäre es sinnvoll, einen Beauftragten für Verfahrensbeschleunigung zu installieren, dessen alleinige Aufgabe es wäre, komplexe Verfahren zu identifizieren, Abläufe zu vereinfachen und unnötige Verwaltungsvorgänge zu identifizieren und abzuschaffen

7. Fachkräfte sichern

Unsere Wirtschaft braucht mehr Arbeitskräfte, insbesondere gut qualifizierte Fachkräfte werden immer stärker zum Engpassfaktor in den Unternehmen. Der aktuelle Mangel bremst die Unternehmen aus. Darunter leidet nicht nur das Tagesgeschäft, sondern auch die strategischen Themen, die Transformation und Digitalisierung in den Unternehmen mit sich bringen. Statt über Arbeitszeitverkürzung zu reden, müssen wir alle Potenziale aktivieren. Anreize zur Arbeitsaufnahme müssen neu justiert und Kinderbetreuung muss flächendeckend sichergestellt werden. Ältere benötigen Anreize, länger statt kürzer im Arbeitsleben zu bleiben. Besonders wichtig sind eine grundlegende, hochwertige Bildung in den saarländischen Schulen, vor allem im MINT-Bereich, der die in der Industrie benötigten Kernkompetenzen vermittelt. Wir benötigen verstärkte Anstrengungen für einen reibungslosen Übergang der Schulabgänger in die Arbeitswelt, und die Berufsschulen müssen stärker in den Fokus genommen werden, denn hier werden die Fachkräfte von morgen ausgebildet. Gleichzeitig brauchen wir eine funktionierende Erwerbsmigration, für die eine schnelle und unbürokratische Visa-Erteilung, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und eine Willkommenskultur im Land ebenso zentral sind, wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum.

8. Arbeitszeitregeln entschlacken

Die Bundesregierung muss endlich die starren Arbeitszeitregeln aus der vor-digitalen Zeit modernisieren. Dabei geht es nicht um die Ausweitung der gesetzlichen Arbeitszeit, sondern um eine Flexibilisierung. Die tägliche Höchstarbeitszeit muss zugunsten einer durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden abgeschafft werden. Zudem müssen die Möglichkeiten zur flexiblen Anpassung der elfstündigen Ruhezeit neu gefasst werden. Vor allem muss die Vertrauensarbeitszeit gestärkt werden. Das deutsche Gesetz muss dabei der deutlich liberaleren europäischen Arbeitszeitrichtlinie angepasst werden. Wir brauchen eine klare Haltung in der Politik, dass weniger Arbeiten bei gleichem Wohlstand unrealistisch ist.

9. Sozialversicherungsbeiträge begrenzen

Die lange Zeit festgeschriebene Grenze von 40 Prozent bei den Sozialversicherungsbeiträgen ist Anfang 2023 überschritten worden. Aktuell liegt die Belastung bei 40,9 Prozent. Gleichzeitig plant die Politik bereits weitere Steigerungen – unter anderem durch eine Festschreibung des Rentenniveaus bei 48 Prozent. Auch bei Kranken- und Pflegeversicherungen drohen weitere Lasten. Statt ständiger Erhöhungen brauchen wir nachhaltige und ausgabensenkende Strukturreformen in allen Zweigen der Sozialversicherung. Angesichts der Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung müssen hier sowohl die Rente mit 63 sowie die Regelaltersgrenze von 67 hinterfragt werden. Ohne eine Diskussion über eine Flexibilisierung des Renteneintritts und eine Anhebung der Altersgrenze wird das System mittelfristig kollabieren.

10. Steuern senken

Die Steuern in Deutschland sind im internationalen Vergleich hoch. Mit einer grundlegenden Steuerreform könnte die Politik die Belastung der Betriebe im internationalen Wettbewerb senken und die deutsche Wirtschaft wieder konkurrenzfähig machen. Ziel muss eine Absenkung der Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland auf maximal 25 Prozent sein. Dazu soll auch der Solidaritätszuschlag, der auf die Unternehmen entfällt, vollständig abgeschafft werden. Die geplante Senkung der Strom- und Energiesteuern muss auf alle Unternehmen und Betriebe ausgeweitet werden.

11. Streikrecht reformieren

Das Streikrecht ist ein hohes Gut. Die jüngsten Streiks im Verkehrssektor zeigen jedoch, dass hier zwei Prinzipien aufeinanderstoßen. Das Streikrecht und die im gesellschaftlichen Miteinander nötige Basis-Leistung im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Arbeitskämpfe eskalieren, dabei dürfen Streiks nur das letzte Mittel der Tarifauseinandersetzungen sein. Die Politik ist hier gefordert, ein Arbeitskampfrecht im Bereich der Daseinsvorsorge zu entwickeln und über obligatorische Schlichtungsmechanismen nachzudenken, die Entwicklungen, wie aktuell zu beobachten, verhindern.